

VENRO-Fragenkatalog zur Entwicklungspolitik

Antworten von Dr. Ruck, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1. Stellenwert und konzeptionelle Ausrichtung

Die Welt befindet sich im Wandel, was uns angesichts der multiplen Krisen dramatisch vor Augen geführt wird. Ernährungs-, Energie-, Klima- und Weltwirtschaftskrise hängen eng miteinander zusammen und bedrohen vor allem die ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern. Dies stellt die Entwicklungspolitik vor große Herausforderungen. Darüber hinaus wird international, aber auch in Deutschland (siehe „Bonner Aufruf“) die Ausrichtung der Entwicklungspolitik in Frage gestellt. Eines der Hauptargumente ist dabei, dass 50 Jahre Entwicklungspolitik und Milliarden an Hilfsgeldern kaum Erfolge gebracht haben.

a) Wie sieht aus Sicht Ihrer Partei die Zukunft der Entwicklungspolitik aus? Welche Reformen und neuen Ansätze sind angesichts einer sich wandelnden Welt notwendig?

Die Bedeutung der Entwicklungspolitik wird künftig weiter zunehmen. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch der Klimawandel, die Ernährungssicherung und das Artensterben stellen die Staatengemeinschaft vor noch größere Herausforderungen als bisher. In dieser sich wandelnden Welt wird es darauf ankommen, die Kohärenz des Außenhandelns über die enge Verzahnung der verschiedenen außenrelevanten Politikbereiche weiter voranzutreiben, um möglichst umfassende und schlüssige Antworten zu finden. In diesem Umfeld wird die Entwicklungspolitik zu einem Schlüsselsektor – insbesondere im Rahmen einer klaren Ressortabstimmung hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Wichtig ist auch, auf EU-Ebene und international zu einer strafferen Arbeitsteilung und -umsetzung in der Entwicklungspolitik zu kommen. Dazu und im Hinblick auf die Strukturreform des multilateralen Systems der Entwicklungszusammenarbeit sind neue Initiativen nötig. Deutschland sollte als einer der größten Geber diesen Prozess nicht nur finanziell, sondern auch intellektuell bereichern.

b) Unterstützt Ihre Partei den Erhalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung? Welche Vor- oder Nachteile hat ein eigenständiges Entwicklungsministerium aus Ihrer Sicht?

Die Union ist klar für den Erhalt des BMZ. Es soll personell gestärkt werden, damit es seine Strategie-, Koordinierungs- und Lenkungs-fähigkeit insbesondere auch im Ausland vor Ort weiter ausbauen kann. Damit soll auch die Handlungsfähigkeit in der Ressortabstimmung verbessert werden.

Ein eigenständiges Entwicklungsministerium ist notwendig, wenn man die spezifischen Herausforderungen der Zusammenarbeit mit Staaten im Entwicklungsprozess professionell gestalten will. Dies ist im gegenseitigen Interesse der Entwicklungsländer und Deutschlands. Das Ministerium muss als ehrlicher Makler darauf hinarbeiten, die eigenen kurzfristigen und längerfristigen nationalen Interessen mit den Interessen der Entwicklungspartner im Sinne eines globalen Interessenausgleichs zu gestalten. Dazu ist langjährige Erfahrung und spezifische Expertise erforderlich, die nur in einem

eigenständigen Ressort gepflegt werden kann.

c) Sollten aus Sicht Ihrer Partei die (außen-)politischen Entscheidungen der Bundesregierung die möglichen Auswirkungen auf Entwicklungsländer berücksichtigen?

Selbstverständlich. Und wir sind im Laufe dieser Legislatur auch schon weit gekommen, diesen Anspruch zu institutionalisieren. Beispielsweise wurden zu vielen wichtigen Fragen des Außenhandels interministerielle Ausschüsse installiert, in denen die Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle spielt – etwa der interministerielle Ausschuss für Rohstoffsicherheit, der Ausschuss für Exportbürgschaften und der Bundessicherheitsrat, in denen das BMZ vertreten und mitentscheidend ist.

Die Union geht allerdings hier noch wesentlich weiter. Im vergangenen Jahr hat die CDU/CSU-Fraktion eine vielbeachtete „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ verabschiedet. Darin haben wir die weitere Stärkung des Bundessicherheitsrates durch die Schaffung eines permanenten Sekretariats für Krisenprävention und -reaktion vorgeschlagen. Sowohl in der Strategie, als auch in dem zur Umsetzung nötigen Koordinierungsapparat soll die Entwicklungspolitik eine noch wichtige Rolle einnehmen. Die Union wird diese Vorschläge in die kommenden Koalitionsverhandlungen einbringen.

2. Millenniumsentwicklungsziele

Die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 ist gefährdet. Es ist notwendig, klar zu definieren, welche Aktionen in den verbleibenden fünf Jahren vonstatten gehen sollen.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Deutschland einen MDG-Aktionsplan verabschiedet, der die Initiativen Deutschlands zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele bis 2015 festlegt und ressortübergreifend koordiniert?

Ein solcher Aktionsplan 2015 wurde bereits unter der rot-grünen Bundesregierung verabschiedet. In ihrem Wahlprogramm 2005 schrieben die GRÜNEN dann: „Für die Umsetzung dieser (Millenniums-) Ziele ist seither viel zu wenig getan worden. Wir drängen darauf, dass endlich Worten Taten folgen.“ Dieser Erkenntnis kann die Union nur zustimmen. Es ist löblich und sicherlich hilfreich einen solchen Aktionsplan aufzustellen, um sich Ziele zu stecken. Ausreichend ist dies allerdings nicht. Entscheidend ist, ob die Führung des Kabinetts eine entsprechende Schwerpunktsetzung unterstützt, wie das bei der Bundeskanzlerin Dr. Merkel der Fall ist. Dann schließt man den Entwicklungshaushalt auch mit einem Plus von etwa 2 Mrd. € ab wie jetzt und nicht einen Rückgang von rund 200 Mio. Euro wie unter der rot-grünen Regierung unter Schröder. Wichtig ist aber auch die klare Zielorientierung der politischen Leitung des BMZ, diese Ziele in Abstimmung mit der gesamten Bundesregierung – beispielsweise mit dem Außen- und Umweltminister – dann auch konsequent umzusetzen. Diese Abstimmung ist noch ausbaufähig, sobald die personellen Differenzen zwischen SPD-Ministern keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen.

Darüber hinaus gilt es nicht nur die MDGs zu erreichen und dafür eine bessere Ziel-

Koordination herzustellen, sondern die gesamte Entwicklungspolitik national und international weiter zu optimieren. Deutschland spielte bei den internationalen Verhandlungen zur Verbesserung der Effizienz stets eine tragende Rolle. So auch bei der „Accra Agenda for Action“, die die Zusammenarbeit zwischen den Gebern und Nehmern der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt verbessern soll. Deutschland ist das einzige G7-Land, das bisher einen Operationsplan für die Umsetzung dieser Agenda vorgelegt hat. Diese Pläne müssen nicht nur beschlossen, sondern auch umgesetzt werden

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Themen, die bisher in den Millenniumsentwicklungszielen zu wenig oder überhaupt nicht berücksichtigt werden, wie Good Governance, Menschen- und Frauenrechte, Frieden und Sicherheit und Menschen mit Behinderungen bei einer Fortschreibung der Millenniumsentwicklungsziele stärker berücksichtigt werden?

Die Union hat schon bei den Koalitionsverhandlungen darauf gedrängt, dem Bereich Good Governance eine wesentlich größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Bundesregierung hat daher in dieser Legislaturperiode bereits einen starken Akzent auf die Stärkung von Guter Regierungsführung gelegt – lediglich bei der Vergabe der Budgethilfe ist das BMZ der strengen Vorgaben an gute Regierungsführung nicht immer konsequent gefolgt.

Auch die bessere Berücksichtigung von Menschen- und Frauenrechten, Frieden und Sicherheit sowie die Verbesserung der Chancen von Menschen mit Behinderungen ist der Union ein Anliegen. Wir werden darauf achten, dass diese Anliegen in der Umsetzung der MDG stärker Berücksichtigung finden.

3. Entwicklungsfinanzierung

Entwicklung braucht Finanzierung. Als Orientierungspunkt haben die Vereinten Nationen das Ziel vorgegeben, dass die Geberstaaten bis 2015 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen. Deutschland hat sich dem Europäischen Stufenplan verpflichtet, der bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% des BNE für Entwicklungszusammenarbeit vorsieht.

a) Ist aus Sicht Ihrer Partei die Anrechnung von Entschuldungsmaßnahmen in die ODA-Quote gerechtfertigt?

Durch die Entschuldung werden in den Haushalten der Partnerländer Mittel frei für die Entwicklung des Landes, die normalerweise an die Geberstaaten zurückgefließen wären. Im Zuge von „debt swaps“ können so beispielsweise Mittel für den Gesundheitsbereich, für den Bildungssektor oder den Umweltschutz eingesetzt werden. Dies sind alle Bereiche, deren Entwicklung sonst mit ODA-Mitteln gefördert wird. Daher ist die Einrechnung von Schuldenerlassen sinnvoll und zulässig.

b) Ist Ihre Partei dafür, langfristig angelegte, neue innovative Finanzierungsinstrumente für Entwicklung einzuführen? Wenn ja, welche könnten das Ihrer Meinung nach sein?

Der kürzlich veröffentlichte DATA Bericht der Organisation ONE attestiert der Unionsgeführten Bundesregierung eine Spitzenposition bei der Mittelbeschaffung über innovative Finanzierungsinstrumente. Die Union hat dafür gesorgt, dass wir seit 2008 in

die Versteigerung von Emissions-Zertifikaten eingestiegen sind und darüber zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit generieren können. Dieses Instrument ist nicht nur innovativ, sondern auch intelligent, weil es neben den Einnahmen auch eine große Lenkungswirkung für mehr Klimaschutz erzeugt. Der derzeitige Anteil von 10 Prozent der zu versteigernden Zertifikate wird in den kommenden Jahren weiter steigen und somit auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit.

Mit diesem innovativen Finanzierungsinstrument erzielen wir daher wesentlich höhere Einnahmen als beispielsweise über eine Flugticket-Steuer, wie sie die GRÜNEN fordern. Frankreich hat diese Steuer eingeführt. Die geringen Einnahmen rechtfertigen allerdings nicht den hohen Aufwand. Sie belasten den Bürger, entlasten aber nicht das Klima.

Noch weitere innovative Finanzierungsinstrumente sind denkbar und anzustreben. Diese sind allerdings nicht im deutschen Alleingang umzusetzen, sondern bedürfen der internationalen Abstimmung. Wichtig ist neben der Konsensfindung auf internationaler Ebene dabei auch, dass wir uns für Instrumente entscheiden, die ohne großen Verwaltungsaufwand realisierbar sind.

- c) Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Empfehlungen der „UN-Expert Group on Financing for Gender Equality“, den Anteil von Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit an der ODA-Quote bis zum Jahr 2010 auf 10 % und bis zum Jahr 2015 auf 20 % zu erhöhen?**

Wer vernünftige Entwicklungszusammenarbeit sachgerecht und wirksam organisieren will, wird eine solche künstliche und starre Quote gar nicht nötig haben. In vielen Kooperationsbereichen ist ganz klar, dass die Frauen in den Partnerländern die tragende Rolle spielen und daher die bevorzugten Kooperationspartner sind – beispielsweise in der Bildungs- und Gesundheitspolitik oder bei der Vergabe von Mikrokrediten. Jeder „Fachmann“ weiß, dass es die Frauen sind, die die bereitgestellten Mittel am nachhaltigsten und gewissenhaftesten investieren. Wer diese Bereich ohnehin stärken will wie wir, der wird damit automatisch auch die Rolle der Frau anerkennen und diese ideell sowie finanziell noch stärker fördern.

4. Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Paris-Deklaration und der Accra Agenda for Action haben sich Geber- und Partnerländer sowie internationale Institutionen auf fünf zentrale Prinzipien und eine Vielzahl von Handlungsvorschlägen verständigt, um die Partnerorientierung, die Effektivität und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.

- a) Wie bewerten Sie diese beiden zentralen Dokumente und was sollte Deutschland zur besseren Umsetzung der Paris-Prinzipien und der Accra-Agenda tun?**

Beide Dokumente sind wichtige Beschlüsse der internationalen Staatengemeinschaft, um die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern und vor allem die Partnerländer bei der Organisation dieser Zusammenarbeit zu entlasten. Denn ohne eine richtige Arbeitsteilung werden wir nicht vorankommen. Viele Kapazitäten werden in endlosen Koordinierungsrunden verschwendet. Wir brauchen daher eine Effizienzsteigerung ohne „Hamsterradeffekt“.

Wichtig ist nun, diese richtigen Beschlüsse auch konsequent umzusetzen. Hier sieht die Union vor allem die EU-Mitgliedstaaten in der Pflicht, als Vorbild zu dienen. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde bereits der europäische „Code of Conduct“

beschlossen, der die Reduzierung der Geber pro Land und der Geber pro Sektor vorsieht. Jedoch ist es bisher nicht gelungen, diese Beschlüsse auch konsequent umzusetzen. Da müssen wir in der kommenden Legislaturperiode entschieden nachhaken.

- b) Ist das Instrument der Budgethilfe aus Sicht Ihrer Partei geeignet, um im Sinne der Paris-Agenda die Eigenverantwortung der Partnerländer zu stärken und die Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen?**

Die Budgethilfe ist ein Instrument, das mit Vorsicht zu genießen ist. Es kann helfen, es kann aber auch bei fahrlässiger Anwendung schaden. Nach Auffassung der Union ist Eigenverantwortung auf jeden Fall nicht Ziel der Budgethilfe, sondern Voraussetzung. Die Kriterien für die Vergabe müssen streng ausgelegt werden und die Mittel dürfen nur dann ausgezahlt werden, wenn ihr entwicklungsfördernder Einsatz mit Sicherheit gegeben sind. Denn eines darf auf keinen Fall geschehen: Dass wir die Budgethilfe nur aus Verlegenheit anwenden, um im europäischen Wettbewerb um sinnlose Mittelvergabe an der Spitze stehen.

5. Verschuldung

Viele Entwicklungsländer leiden unter hohen Schulden, die ihnen die Basis für wichtige entwicklungsrelevante Ausgaben nehmen. Die Schuldenerlasse der letzten Jahre haben viele hoch verschuldete Länder entlastet, doch noch immer gibt es viele Entwicklungsländer, die hohe Schuldentilgungen leisten müssen. Aus Sicht der NRO besteht die Gefahr einer neuen Verschuldungsspirale, denn die Anfang April auf dem G20-Gipfel beschlossenen Milliardenbeträge zur Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer werden zum größten Teil über den Internationalen Währungsfonds als Kredite vergeben.

- a) Sieht ihre Partei auch die Gefahr, dass die aktuellen Krisenfinanzierungen für Niedrigeinkommens- und Schwellenländer zu einer neuen Überschuldungskrise führen können und wenn ja, wird sie sich für die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens für Staaten einsetzen?**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kreditvergabe auf Grundlage von Schuldentragfähigkeitsanalysen erfolgt. Da sind alle - Kreditgeber, wie Nehmer - in der Pflicht, verantwortungsvoll zu handeln. Wir sind dafür, dass sich das von den G 20 eingerichtete „Financial Stability Board“ mit der Frage der Ausarbeitung von Prinzipien und Regeln für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten auf Grundlage der „12 Key Standards for Sound Financial Systems“ des Financial Stability Forums, befasst. Dabei sollte auch geprüft werden, wie die jetzigen Strukturen und Mechanismen zur Regelung von Insolvenzverfahren auf internationaler Ebene optimiert werden können, um staatliche und/oder private Gläubiger einerseits und staatliche Schuldner andererseits in einer Verschuldungskrise zu koordinieren bzw. um die Gleichbehandlung der Gläubiger sicherzustellen.

- b) Wie steht Ihre Partei zum Konzept der Illegitimen Schulden? Wenn Sie das Konzept für richtig erachten, wie sollte eine Gleichbehandlung unterschiedlicher Kredite künftig verhindert werden?**

Als Ergebnis von differenzierten Erörterungen unter anderem im Bundestagsausschuss

für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) ist es sowohl rechtlich als auch ökonomisch problematisch, die Legitimität von Krediten rückwirkend in Frage zu stellen. Die Anhörung des AWZ kam auch zu dem Ergebnis, dass es sich bei den von Norwegen erlassenen Schulden im juristischen Sinn nicht um "illegitime" Schulden gehandelt hat. Der Vertreter Norwegens räumte dies ein und sagte, dass man möglicherweise im moralischen Sinne davon sprechen könne. Sollte es nun dennoch Lösungen geben, die Legitimität von Krediten rückwirkend in Frage zu stellen, besteht weiterhin das Risiko, dass die Bereitschaft potentieller Kreditgeber, Darlehen an Niedrigeinkommensländer zu vergeben, aufgrund verringerter Investitionssicherheit deutlich sinken könnte. In der Folge würden sich die Kreditkosten für Empfänger erhöhen, was schließlich dazu führen würde dass sich der Zugang der Niedrigeinkommensländer zu Kapital für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten verschlechtert. Damit würden unseren Entwicklungspartnern wichtige Entwicklungschancen genommen.

6. Welthandel

Kleine und mittelständische Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern können auf ihren heimischen Märkten häufig nicht mit den Produkten aus den Industrieländern konkurrieren. Dies behindert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern und wirkt sich besonders dramatisch bei Agrargütern aus. Agrarexportsubventionen der Industriestaaten verstärken dieses Ungleichgewicht und gefährden die Existenz von Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Agrarexportsubventionen der Europäischen Union sofort abgeschafft werden und nicht erst wie angekündigt 2013?**

Die Union setzt sich dafür ein, dass Entwicklungs- und OECD-Länder die weltweiten Handelsbeziehungen so umgestalten, dass einerseits die Exportmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern erweitert und gleichzeitig direkt und indirekte Störung lokaler Märkte in Entwicklungsländern vermieden werden.

Dazu muss darauf hingewirkt werden, dass die WTO-Verhandlungen und die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den AKP-Staaten entwicklungsorientiert abgeschlossen werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass ärmeren Entwicklungsländern zeitlich begrenzte Schutzmechanismen zugestanden, marktverzerrende Agrarsubventionen deutlich abgebaut und alle handelsverzerrenden Agrarexportfördermaßnahmen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen weltweit abgeschafft werden.

Flankierend soll der Handel der Entwicklungsländer über zielgerichtete Entwicklungsmaßnahmen (Stichwort: „aid for trade“) unterstützt und dabei auch insbesondere der Handel der Entwicklungsländer untereinander befördert werden.

- b) Sollte aus Sicht Ihrer Partei den Entwicklungsländern in den Welthandelsregeln der World Trade Organisation (WTO) das Recht eingeräumt werden, ihre Märkte vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen, insbesondere um eine eigenständige Nahrungsmittelproduktion aufrechterhalten zu können?**

Die Union ist dafür, den Entwicklungsländern zeitlich begrenzte Schutzmechanismen

zuzugestehen. Andererseits müssen Entwicklungsländer ihre internen Rahmenbedingungen so gestalten, dass die landwirtschaftliche Produktion einen bezahlbaren Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln ermöglicht. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass ihrerseits keine Marktverzerrungen durch Umwelt und Sozialdumping entstehen.

Die Union hat in dieser Legislaturperiode einen Antrag in den Bundestag eingebracht und zur Verabschiedung geführt, der die Bundesregierung auffordert, ihre Kooperationsanstrengungen zur Förderung des Ländlichen Raumes und der landwirtschaftlichen Produktion in Entwicklungsländern zu steigern. Auch so soll die Abhängigkeit vom (zum Teil spekulativen) Weltmarktpreis abgebaut werden.

7. Gesundheit

Die internationale Gemeinschaft hat mit der Millenniumserklärung drei direkt gesundheitsbezogene Ziele formuliert. Der Beitrag der deutschen Entwicklungspolitik zur Verbesserung der Gesundheitssituation in wirtschaftlich armen Ländern findet zunehmend Aufmerksamkeit in der entwicklungspolitischen Debatte. Trotzdem ist weltweit das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet. Noch immer sterben jedes Jahr bis zu zehn Millionen Kleinkinder an leicht vermeidbaren Krankheiten, Mütter an Komplikationen bei der Geburt und Millionen Erwachsene an Krankheiten wie HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern leiden v.a. an mangelnder Finanzierung, eklatantem Personalmangel und fehlendem Zugang zu Arzneimitteln.

- a) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ab 2010 wenigstens 10 % der international aufzubringenden Finanzmittel abdeckt, die für die Verwirklichung des Universellen Zugangs zu HIV-Prävention, Behandlung und Betreuung benötigt werden?**

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat die Mittel für die Bekämpfung von HIV/Aids in der ablaufenden Legislaturperiode erheblich erhöht. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte entscheidenden Anteil daran, dass sich 2007 in Heiligendamm die G8-Staaten darauf verständigt haben, 44 Mrd. Euro für die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose aufzubringen. Demzufolge wird Deutschland bis 2015 insgesamt vier Mrd. Euro für die Bekämpfung dieser Krankheiten zur Verfügung zu stellen.

Die CDU wird sich weiterhin im Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose stark engagieren, wobei alles unternommen werden muss, damit Krankheiten erst gar nicht entstehen. Die Festschreibung einer bestimmten Zahl macht allerdings wenig Sinn, da die Gesundheitsvorsorge eine Querschnittsaufgabe ist. In der Praxis bedeutet dies, dass beispielsweise auch die Stärkung von Frauen in Entwicklungsländern wesentlich zur Prävention von Krankheiten beitragen kann. Entscheidend sind nicht Festschreibungen von Zahlen, entscheidend ist, was bei den betroffenen Menschen wie ankommt.

- b) Wie kann nach Ansicht Ihrer Partei die Erforschung, Entwicklung und der Zugang zu wirksamen und günstigen Medikamenten, Impfstoffen und Präventionsmitteln (wie zum Beispiel Mikrobiziden) gegen Armutskrankheiten wie HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und Polio sowie vernachlässigten Krankheiten gefördert und gewährleistet werden? Sollte die öffentlich**

finanzierte Forschung zu diesen Krankheiten in Deutschland verstärkt werden?

Christliche Solidarität schließt gerade die Ärmsten mit ein. Die CDU tritt daher dafür ein, dass Menschen in Entwicklungsländern Zugang zu wirksamen und bezahlbaren Medikamenten bekommen.

Problematisch ist, dass Entwicklungsländer gerade unter vielen vernachlässigten Krankheiten (Neglected Tropical Diseases) leiden, wie zum Beispiel Spulwurmbefall, Cholera, Dengue Fieber, Lepra.. Diese Krankheiten haben verheerende Folgen, stehen aber kaum im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit der Geberländer, sowohl seitens der Pharmafirmen, aber auch seitens der NGOs. Die CDU/CSU ist der Meinung, dass diese von der medizinischen Entwicklung vernachlässigten Erkrankungen ein gemeinsames Engagement von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik brauchen. Die Union ist der Ansicht, dass die Medikamentenentwicklung und die Forschungsanstrengungen der Pharmabranche nicht nur von zukünftigen Absatzerwägungen und Marktchancen, sondern vor allem vom gesundheitlichen Bedarf der ärmsten Menschen der ärmsten Länder der Welt bestimmt werden sollte. Die CDU befürwortet daher auch verschiedene Ansätze, einschließlich öffentlich-privater Partnerschaften, die die Forschung und Entwicklung im Bereich armutsbedingter Krankheiten zum Ziel haben. Bei dem Engagement in der Bekämpfung der vernachlässigten Krankheiten befürwortet die CDU/CSU klare Zuständigkeitsregelungen zwischen den Bundesministerien, genauso wie sie eine diesbezügliche Koordinierung unter den NGOs unterstützt.

- c) Welche Maßnahmen müssen aus Sicht Ihrer Partei ergriffen werden, um die besonders gefährdeten gesundheits-relevanten MDG 4 (Senkung der Kindersterblichkeit), 5 (Verbesserung der Müttergesundheit) und 6 (Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer Krankheiten) bis 2015 zu verwirklichen? Inwiefern wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine überprüfbare, transparente und effiziente Politik für den Gesundheitsbereich unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten und sicherzustellen, dass der bisher im internationalen Vergleich sehr geringe Umfang der gesundheitsrelevanten EZ konsequent aufgestockt wird, um bis 2010 ein Mindestniveau von 0,1 % des BNE zu erreichen?**

Es gilt den Teufelskreislauf von Armut und Krankheit zu durchbrechen. Ohne Erfolge in der Gesundheitspolitik ist eine nachhaltige Armutsbekämpfung nicht möglich. In diesem Zusammenhang kommt der Stärkung von Frauen und Kindern eine besondere Rolle zu. Die Union erkennt die wichtige Arbeit zahlreicher Nichtregierungsorganisationen an und wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass diese angemessene Unterstützung erfahren. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang für die Union die Zusammenarbeit mit kirchlichen Hilfsorganisationen, die herausragende Arbeit in der EZ leisten und als Partnerorganisationen nicht wegzudenken sind. Die CDU setzt sich dafür ein, dass genügend Mittel für den Gesundheitsbereich zur Verfügung gestellt werden. Bevor jedoch über Festlegungen von zukünftigen Prozentzahlen debattiert wird, sollte die Aufmerksamkeit auf eine effektive Nutzung der bereits vorhandenen Mittel gelenkt werden. Besonders der Gesundheitssektor ist sehr stark fragmentiert. 34 multilaterale Organisationen wirken in diesem Bereich. Hier ist eine Straffung des Systems erforderlich, die durch zusätzliche Mittel für den Sektor nicht ausgeglichen werden kann.

In diesem Zusammenhang gilt es auch zu überprüfen, wie zwischen den VN-

Organisationen und der Bretton-Woods-Institutionen Doppelungen und Überschneidungen von Mandaten vermieden werden können, was ganz im Sinne der Paris-Deklaration und Accra-Agenda wäre.

Größere Fortschritte in den MDG 4, 5 und 6 wären mit Sicherheit zu verzeichnen, wenn Maßnahmen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit besser mit Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose verzahnt würden.

Für die Union liegt die Hauptverantwortung für die Gesundheitspolitik in den Entwicklungsländern bei den jeweiligen Regierungen. Diese müssen in ihrer Agenda dem Gesundheitssektor oberste Priorität einräumen. Die Union tritt dafür ein, dass Effizienz und Transparenz in der Gesundheitspolitik auch von den Partnerländern eingefordert wird.

- d) Zur Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniumsentwicklungsziele ist es zentral, dass die Gesundheitssysteme in ärmeren Ländern gestärkt werden und insbesondere der Fachkräftemangel behoben wird. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Mangel von Gesundheitsfachkräften behoben und ein international verbindlicher Code of Conduct bei der Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Entwicklungsländern eingeführt wird?**

Die Entwicklungsländer leiden in der Tat sehr unter medizinischem Fachkräftemangel. Ein großer Teil des Fachpersonals wandert in die EU - speziell in das Vereinigte Königreich und nach Frankreich – aus. Daher kann dieses Problem nur auf EU-Ebene gelöst werden. Bereits jetzt gibt es einen freiwilligen Verhaltenskodex, der gezielte Abwerbung von medizinischem Fachpersonal verhindern soll. Es ist fraglich, ob ein international verbindlicher Code of Conduct überhaupt zustande kommt und ob er tatsächlich das gezielte Abwerben verhindern wird. Eine endgültige Antwort auf diese Frage erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig.

Die CDU/CSU setzt sich dafür ein, dass Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen und Pflegepersonal aus Entwicklungsländern, eine Perspektive in ihren jeweiligen Ländern haben. Sie müssen ein Auskommen für sich und ihre Familien haben, genauso wie die Möglichkeit zu beruflicher Fortbildung.

8. Bildung

Unbestritten gilt Bildung als ein Grundstein selbstgetragener Entwicklung aller Menschen und insbesondere benachteiligter Mädchen und Frauen. Die Staatengemeinschaft hat sich unter dem Motto „Education for all“ (EFA und Fast Track) das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2015 in allen Ländern allen Kindern eine solide Grundbildung zu ermöglichen. Damit Jugendliche und Erwachsene ihre Entwicklung in die eigenen Hände nehmen können, brauchen sie zudem berufliche Aus- und Fortbildung. Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fortschritt hängen nicht zuletzt von qualifizierten Fachkräften und verantwortungsbewussten Eliten ab. Jede neue Generation in den jungen Entwicklungsländern benötigt ausreichenden Zugang zur tertiären Bildung.

- a) Reicht die derzeitige Bildungsförderung aus oder sollte die Bundesregierung mit mehr Ländern den Bildungssektor zu einem Schwerpunktbereich der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit sowie der Förderung über nichtstaatliche Organisationen machen?**

Bildung ist nach Auffassung der Union das nachhaltigste Instrument zur Armutsbekämpfung – insbesondere auch, weil es den jungen Menschen hilft, sich selbstbestimmt aus der Not zu befreien. Die Union hat daher bereits in den Koalitionsverhandlungen 2005 dafür gekämpft, den Bildungssektor zu einem Schlüsselsektor der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erheben. Dieser Einsatz ist damals allerdings am Widerstand des Koalitionspartners, der sich nicht festlegen wollte, gescheitert.

Daher hat die Union im Laufe der Legislaturperiode auf parlamentarischem Wege in Antragsform dafür gesorgt, dass die Bildungspolitik konzeptionell zum Schlüsselsektor der deutschen EZ erhoben wurde. Derzeit wartet die Union auf die Umsetzung dieses Beschlusses durch die politische Leitung des BMZ.

b) Könnte aus Ihrer Sicht in den bestehenden Sektorschwerpunkten (z.B. Wasser, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft) die Ausbildung von einheimischen Fachkräften und die Förderung entsprechender Bildungseinrichtung Vorrang erhalten?

Ja.

c) Wie beurteilen Sie das Kooperationspotenzial zwischen Bildungseinrichtungen in Deutschland und Entwicklungsländern? Halten Sie neue, auf gegenseitigen Vorteil ausgerichtete Förderungsinitiativen und die Einbeziehung von Migranten für sinnvoll?

Das Kooperationspotential ist enorm und sollte im gegenseitigen Nutzen unbedingt gehoben werden. Der Bund wird im Rahmen seiner Möglichkeiten diesen Ansatz unterstützen. Fakt ist aber, dass diese Form der Bildungskooperation mit deutschen Stellen primär in den Kompetenzbereich der Bundesländer fällt. Sie sind daher zunächst gefordert, Konzepte und finanzielle Mittel vorzulegen, um diesen Kooperationsansatz mit Leben zu füllen. Dabei sollten sie auf jeden Fall auch das große Potential der Migranten in den Städten und Gemeinden in Deutschland nutzen. Sie können beispielsweise als „Brückenbauer“ zwischen den Kulturen und Sprachgrenzen wertvolle und anerkannte Mitarbeit leisten. Die Union hat dieses Potential bereits erkannt und den Dialog zwischen den Entwicklungspolitikern auf Bundes- und auf Landesebene belebt. Diesen Dialog werden wir künftig strategisch ausbauen, um möglichst viele Synergieeffekte für unsere Partner und für unsere eigenen Bürger zu heben.

9. Ernährung

Zugang zu adäquaten Nahrungsmitteln ist ein Menschenrecht und absolute Voraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Die Ernährungssouveränität vieler Menschen in den Entwicklungsländern wird durch vielerlei Faktoren untergraben. Meist spielen nationale und internationale politische Fehlentscheidungen dabei eine große Rolle. Ungerechte Welthandelsstrukturen behindern die kleinbäuerliche Produktion, die in vielen Entwicklungsländern die Basis für die Ernährung der Bevölkerung ist. Außerdem fehlt vielen kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten der Zugang zu den notwendigen Produktionsmitteln wie Land, Wasser und Saatgut, technisches Know-how und die Anbindung an Infrastruktur.

- a) **Sollte aus Sicht Ihrer Partei die zukünftige Bundesregierung der ländlichen Entwicklung wieder mehr Aufmerksamkeit schenken und dementsprechend die Ausgaben in diesem Sektor erhöhen?**

Die Union hat bereits in den Koalitionsverhandlungen 2005 dafür gekämpft, die ländliche Entwicklung zu einem Schlüsselsektor der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erheben. Dies ist damals allerdings, wie bei der Bildungspolitik, am Widerstand des Koalitionspartners gescheitert.

Daher hat die Union im Laufe der Legislaturperiode mit einem Antrag auf parlamentarischem Wege dafür gesorgt, dass ländliche Entwicklung zu einem Schlüsselsektor der deutschen EZ werden soll. Auch hier wartet die Union auf die schlagkräftige Umsetzung dieses Beschlusses durch die politische Leitung des BMZ.

- b) **Sieht Ihre Partei in der „grünen Gentechnik“ ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Hungers in der Welt, welches gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit gewährleisten kann?**

Die internationale Agrarforschung für und die Unterstützung nationaler Agrarforschungssysteme in Entwicklungsländern muss intensiviert werden. Die Agrarforschung sollte sich dabei auch moderner Methoden unter Einschluss der Biotechnologie bedienen. Zurückhaltung können wir uns bei diesen Potentialen nicht leisten, wenn es um Hunger und Menschenleben geht. Die Forschung muss aber darauf abzielen, Lösungen zu finden, die im lokalen Kontext finanzier- und technisch umsetzbar sind, sowie den lokalen Ernährungsgewohnheiten entsprechen.

Die Union hat in dieser Legislaturperiode den Dialog zwischen Entwicklungs- und Forschungspolitik vertieft. Auf der Konferenz über Wissenschaftskooperationen mit Entwicklungsländern habe wir zahlreiche Kooperationsfelder identifiziert, in denen wir viele Synergie-Effekte im gegenseitigen Interesse heben können.

10. Klimawandel

Der Klimawandel verschlechtert besonders die Situation der Ärmsten in den Entwicklungsländern, obwohl diese am wenigsten zu den klimatischen Veränderungen beigetragen haben. Die Hauptverursacher sind Industrie- und Schwellenländer, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen müssen. „Klimagerechtigkeit“ bedeutet, dass die Verursacher zum einen ihre Treibhausgasemissionen stark reduzieren und zum anderen den Entwicklungsländern dabei helfen, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

- a) **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Industrieländer also auch die EU und Deutschland ihren CO²-Ausstoß um mehr als 40% bis 2020 gegenüber 1990 reduzieren, wobei diese Minderung wesentlich durch Maßnahmen in Deutschland erreicht wird?**

Wir sind, wie auch schon bisher geschehen, bereit, die notwendigen Schritte in einer Vorreiterfunktion zu gehen und werden uns in den internationalen Verhandlungen dafür einsetzen, dass sich andere Industrieländer entsprechend verhalten und sich

ebenso ehrgeizige Ziele setzen.

Der aktuelle Stand der Vorverhandlungen für das Klima-Abkommen in Kopenhagen führt uns aber vor Augen, dass wir es hier mit einer prekären Gemengelage zu tun haben, die nur schwer auszutarieren ist. Die Frage des CO₂-Ausstoßes ist eng verzahnt mit anderen wichtigen Fragen etwa nach dem Technologie-Transfer, nach den Anpassungszahlungen und nach der Einrichtung und Ausgestaltung eines globalen CO₂-Marktes. Diese Fragen und damit das realisierbare Ausmaß unserer eigenen Anstrengungen können erst am Ende und im Paket abschließend beantwortet werden.

Einigkeit herrscht auf europäischer Seite allerdings darüber, dass die EU ihre Vorreiter-Rolle im Klimaschutz behaupten will und ihren CO₂-Ausstoß massiv herunter fahren wird, wenn andere Länder gemäß dem „Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ mitziehen werden. Schließlich hätten wir nichts erreicht, wenn wir die Emissionen in Deutschland, die ca. 2 Prozent des globalen Ausstoßes ausmachen, runterführen und es aber nicht gelingt gemeinsam die globale Waldvernichtung in Entwicklungsländern, die ca. 20 Prozent der Emissionen ausmacht, massiv herunterzufahren.

- b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Deutschland mit mehreren Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern beiträgt? Sind diese Finanzierungsleistungen der Industrieländer an Entwicklungsländer aus Sicht Ihrer Partei Leistungen, die in das 0,7%-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung einbezogen werden sollten oder Ausgleichszahlungen der Hauptverursacher des Klimawandels, die zusätzlich geleistet werden müssen?**

Auf jeden Fall wird die Union langfristig dafür sorgen, dass die nötigen Milliarden für die Finanzierung des Klimaschutzes und die Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Aber erst im Rahmen der internationalen Verhandlungen können wir Höhe und Mechanismus für die Mittelbeschaffung und -vergabe festlegen. Denn derzeitig ist der tatsächliche Bedarf nur grob bezifferbar und noch völlig unklar, ob wir für den nötigen Mittel-Transfer eine Fonds-Lösung aus nationalen Beiträgen, eine Marktlösung mit privatem Kapital oder eine Kombination aus beidem in Kopenhagen beschließen werden. Nach dieser Grundsatzentscheidung wird sich dann auch der nötige Anteil der staatlichen Finanzierung bemessen lassen.

Die Frage nach der Anrechnung oder Nicht-Anrechnung der Klima-Mittel auf die ODA-Quote ist komplizierter als man anfangs annimmt. In vielen Fällen und Sektoren ist eine scharfe Trennung zwischen ODA-Quoten-relevanter Armutsbekämpfung und sonstigen Klimaschutzmaßnahmen gar nicht möglich. Wenn beispielsweise die Bewohner eines afrikanischen Dorfes mit unserer Unterstützung Solarpaneele, statt einem Dieselgenerator aufstellen, und dann mit dem gewonnenen Strom künstliche Bewässerungssysteme für eine produktivere Landwirtschaft antreiben, so habe ich beides gemacht: Armutsbekämpfung und Klimaschutz. Es stellt sich also die Frage: welchem Konto sollte man einen solchen Mitteleinsatz zurechnen?

Fest steht aber, dass wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten insgesamt mehr Mittel für Klimaschutz- und Armutsbekämpfung mobilisieren müssen, als bisher durch die ODA-Quoten-Verpflichtungen vorgesehen sind. Wir werden daher so oder so zusätzliche Leistungen erbringen und anrechnen müssen.

11. Governance

Wichtige Entscheidungen während der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden von G20-Staaten getroffen. Die Vereinten Nationen, die alle Staaten vertreten, rücken in den Hintergrund. Dies macht auch das Abschlussdokument der G20 vom 2. April 2009 deutlich, in der die Vereinten Nationen praktisch nicht vorkommen. Vielmehr wird den Bretton-Woods-Institutionen eine starke Rolle zugeschrieben. Doch auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank stehen in der Kritik, den Entwicklungsländern nicht genügend Mitsprache einzuräumen.

Andererseits ist die Regierungsführung in den Entwicklungsländern ein entscheidender Faktor für Armutsbekämpfung.

- a) **Sollten die Vereinten Nationen aus Sicht Ihrer Partei das maßgebende Organ zur Lösung globaler Fragen und Probleme sein?**

Ja. Es wird in den nächsten Jahren aber darauf ankommen, die bestehenden Organisationen und Instrumente noch besser abzustimmen, zu straffen und demokratischer zu gestalten.

- b) **Ist Ihre Partei dafür, einen Rat der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Fragen einzusetzen, der einen Ordnungsrahmen, auch unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Fragen, für die Weltwirtschaft setzt? Mit welchen Kompetenzen sollte ein solcher Rat ausgestattet sein?**

Wir halten die Beschlüsse der G 20 für die weitere institutionelle Gestaltung in Verbindung mit den Arbeiten an einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften für eine gute Basis. Auf Grundlage der dabei erzielbaren Fortschritte muss weiter geklärt werden, welche weiteren Schritte erforderlich sind, um zu einer effizienten Gestaltung der genannten Fragestellungen zu kommen.

- c) **Welche Reformen sind aus Sicht Ihrer Partei erforderlich, damit die Kompetenzen der Vereinten Nationen zur Lösung globaler Herausforderungen gestärkt werden?**

Neben der Reform des Sicherheitsrats, die zu einem realistischen Abbild der heutigen Situation auf der Welt führen sollte, müssen wir zu einer Beendigung der Zersplitterung der VN-Organisationsstruktur einschließlich der vielen Sondereinheiten kommen.

- d) **Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei, gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern zu fordern und zu fördern?**

Wichtigster Eckpfeiler im Kampf gegen schlechte Regierungsführung und zur Förderung guter Regierungsführung ist die Stärkung der Zivilgesellschaft. Dort sind unsere Stiftungen, NRO und Kirchen bereits sehr aktiv. Sehr wichtig ist auch die Unterstützung der Parteien und der Parlamentsarbeit durch Aus- und Fortbildung und die Förderung des parlamentarischen Erfahrungsaustauschs. Auch dort leisten insbesondere die Stiftungen Vorbildliches. Die Union hat sich für den Ausbau der

Handlungsfähigkeit dieser Instrumente eingesetzt und wird dies auch weiter tun. Darüber hinaus ist die Intensivierung des politischen Dialogs durch das BMZ und das AA zu verstärken. Da muss – wenn notwendig – auch stärker Klartext geredet werden. Gute Regierungsführung sollte auch durch Steigerung der EZ gestärkt werden. Dabei muss allerdings vermieden werden, die Selbsthilfe und Eigenverantwortung zu unterminieren.

Wir benötigen ein Anreizsystem, das die flexible Reaktion auf positive Entwicklungen bei der Regierungsführung erlaubt. Wir benötigen Instrumente, um schneller und gezielter auf „Windows of opportunity“ eingehen zu können und für positive Entwicklungen Anreize zu schaffen. Wir benötigen auch Instrumente, um indirekt z.B. über wirtschaftspolitische Beratung und Bildungsförderung zu entwicklungsfreundlicheren Strukturen zu kommen, welche den Menschen Perspektiven geben und damit radikalen Kräften, den Boden entziehen. Ein weiterer Ansatzpunkt sind Transparenzinitiativen für den Rohstoffsektor, wie zum Beispiel die EITI-Initiative. Wir müssen zu einem internationalen Ehren- und Verhaltenskodex kommen und, sofern dies nicht greifen sollte, sogar eine international gültige Rechtsgrundlage schaffen.

12. Frieden und Sicherheit

Frieden und Sicherheit sind für Entwicklung und Armutsbekämpfung unverzichtbare Voraussetzungen. So genannte fragile Staaten liegen bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele am weitesten zurück.

- a) Wird sich Ihre Partei für einen Ausbau der Instrumente der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung engagieren, damit diese in der Außen- und Entwicklungspolitik gezielter, rechtzeitiger und wirksamer eingesetzt werden können?**

Ja. In der oben schon genannten „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ hat die Unionsfraktion bereits konkrete Vorschläge zur inhaltlichen Ausrichtung und organisatorischen Aufstellung vorgelegt. So wird die Entwicklungszusammenarbeit in diesem Kontext schon als präventive Sicherheitspolitik definiert und die Einrichtung eines permanenten Koordinierungssekretariats vorgeschlagen.

- b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das Verhältnis von Ausgaben für militärische und zivile Zwecke im Bundeshaushalt auszugleichen und insbesondere für den zivilen Aufbau in Afghanistan mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?**

Unzweifelhaft ist die Union dafür, die Ausgaben für zivile Zwecke bei der Krisenprävention und -reaktion hochzufahren. Auch im besonderen Falle Afghanistans hat die Unionsgeführte Bundesregierung die Mittel für den zivilen Aufbau kontinuierlich gesteigert und wird dies auch künftig tun. Der Anteil der Ausgaben für den jeweiligen Zweck hängt aber stets von den entsprechenden Notwendigkeiten vor Ort ab. Mit einer Angleichung wird nicht notwendigerweise das bessere Ergebnis erzielt. Der zivile Aufbau bemisst sich beispielsweise nicht allein an der Höhe der zugesagten Mittel. Der Erfolg hängt auch ganz entscheidend von der Sicherheitslage und von der Kooperationswilligkeit und -fähigkeit der Partner ab.

- c) Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Umsetzung der UN-Resolutionen**

1325 und 1820 zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten und zur Stärkung ihrer Rolle in Friedensprozessen bei? Wie kann sich die deutsche Entwicklungspolitik aus Sicht Ihrer Partei stärker für die Umsetzung beider Resolutionen einsetzen?

Der Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, bei Konflikten ist für die Union ein wichtiges Anliegen ihrer Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik. Wir unterstützen daher auch die genannten Resolutionen der Vereinten Nationen, Frauen zu einer wichtigeren Rolle bei der Entscheidungsfindung im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verhelfen. Wir begrüßen, dass die Resolutionen bereits bei VN-Friedensmissionen ihren konkreten Niederschlag finden. Um Missstände möglichst frühzeitig abzustellen, arbeitet Deutschland in der informellen Gruppe der "Freunde der Resolution 1325" mit.

Die Union wird auch künftig diese Mitarbeit fortsetzen und über die Unterstützung entsprechender Maßnahmen – auch der Kirchen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen – dazu beitragen, die Beteiligung der Zivilgesellschaft und insbesondere von Frauen bei Friedensprozessen und Konfliktprävention auszubauen.

13. Entwicklungspolitische Bildung

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland stärkt die Solidarität und das Wissen um die Zusammenhänge der Globalisierung und ist somit eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. Die UNESCO hat bereits mehrfach von den UN-Mitgliedsstaaten gefordert, mindestens zwei Prozent Ihrer ODA für entwicklungs-politische Bildungsarbeit bereit zu stellen. Der Bundestag hat die Bedeutung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit in verschiedenen Beschlüssen unterstrichen. Dennoch liegen die Ausgaben für die entwicklungspolitische Bildung 2006 bei 0,26% (aktuelle Zahlen).

a) Welchen Stellenwert weisen Sie der entwicklungspolitischen Bildung zu und werden Sie sich dafür einsetzen die finanziellen Mittel gemäß der Forderung der UNESCO zu erhöhen?

Die entwicklungspolitische Bildung im Inland ist von zentraler Bedeutung, da sie in der deutschen Bevölkerung das Verständnis für die Notwendigkeit des deutschen Engagements und die Akzeptanz für die große Steuermittelaufwendung fördert. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit muss stets kritisch beobachtet, immer wieder korrigiert und vor dem Auge der Bürger gerechtfertigt werden. Die Finanzierung und Organisation dieser Bildungsarbeit fällt aber in den Zuständigkeitsbereich der Länder, die der Bund in ihrem Engagement unterstützen will und kann.

Aber nicht nur in diesem staatlichen Kontext spielt die entwicklungspolitische Bildung eine wichtige Rolle: Sie kann zugleich auch das nicht-staatliche Engagement der Zivilgesellschaft fördern und Wege aufzeigen, wie jeder von uns sich in die internationale Zusammenarbeit aus seiner Gemeinde heraus selber einbringen kann, wie er Projekte organisiert, wie er sich in Vereinen aus seiner Stadt und in landesweit agierenden Nichtregierungsorganisationen beteiligen kann. Dies ist der Union sehr wichtig, denn letztendlich hängt der Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit nicht von Staaten, sondern von den Menschen, die in ihnen leben, ab.

